

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 04.05.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0013

***Auswirkungen des Visa-Missbrauchs auf Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.03.2005 -***

Der Magistrat wird gebeten, über folgende Gegenstände zu berichten:

1. Wie ist das Verfahren zur Erteilung von Touristen-Visa an Bürger von Nicht-EU-Ländern, insbesondere den ehemaligen GUS-Staaten, ausgestaltet?
(Es wird gebeten, speziell auf das sog. „Reisebüro-Verfahren“ sowie die Verwendung sog. Reiseschutz-Pässe (carnet de touriste) einzugehen).
2. Inwieweit ist die hiesige Ausländerbehörde in die Visa-Erteilung involviert, wenn Nicht-EU-Ausländer auf Einladung von Privatpersonen oder Firmen aus Wiesbaden nach Deutschland kommen wollen?
3. Wo sieht der Magistrat die „Schwachstellen“ der bisherigen Visa-Vergabepraxis, die den vielfachen Visa-Missbrauch begünstigt haben. Welche Änderungen wären nach seiner Auffassung notwendig, dies wirksam zu unterbinden?
4. In welchem Umfang ist Wiesbaden von den Auswirkungen der bisherigen Visa-Vergabe-Praxis des Auswärtigen Amts, insbesondere an Bürger der ehemaligen GUS-Staaten, betroffen?

Insbesondere wird um Auskunft gebeten:

- + Gab es Auffälligkeiten im Zusammenhang mit an Staatsangehörige ehemaliger GUS-Staaten erteilten Touristen- bzw. Geschäftsreise-Visen?
- + Ist es in solchen Fällen zu Abschiebungen gekommen? Welche Kosten sind hierbei angefallen? Gibt es Erkenntnisse über strafbares Verhalten?
- + Welche Erkenntnisse liegen über die Aktivitäten der Firma IHC „Internationale Handels- und Cooperations GmbH“ vor, gegen deren Inhaber ein Verfahren vor dem Landgericht Wiesbaden anhängig ist (vgl. Wiesbadener Kurier vom 08.02.05; Der Spiegel vom 28.02.05)?
- + Gibt es Informationen über das Schicksal der durch Vermittlung dieser Agentur Eingereisten? Sind insbesondere Fälle von Schwarzarbeit, (Zwangs-) Prostitution oder anderer krimineller Delikte bekannt geworden?

Der Magistrat wird ausdrücklich gebeten, soweit notwendig, zu diesem Gegenstand ergänzende Auskünfte beim Auswärtigen Amt, dem Zoll sowie der Staatsanwaltschaft einzuholen.

5. Wie beurteilt der Magistrat die Problematik des Visa-Missbrauchs vor dem Hintergrund des Wiesbadener Integrationskonzepts und der darin festgeschriebenen Zielsetzungen?

Beschluss Nr. 0176

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.03.2005 betr.

Auswirkungen des Visa-Missbrauchs auf Wiesbaden

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 05.2005

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .05.2005

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister